

Ollersdorf, Jänner 2024

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollersdorfer!

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie wie gewohnt über die am 29. Dezember 2023 stattgefundene GR-Sitzung informieren, die dieses Mal - angesichts der umfangreichen Tagesordnung inkl. Gemeindebudget für das Jahr 2024 - von 18.30 Uhr bis knapp vor Mitternacht gedauert hat.

➤ **Bis auf weiteres kein „BAST“ – Burgenländisches Anrufsammeltaxi in Ollersdorf**

Bekanntlich wollte Tanja Illedits als Vizebürgermeisterin der Ollersdorfer Bevölkerung die Teilnahme am Anrufsammeltaxi ermöglichen und die benötigten Haltestellen-Schilder aus eigener Tasche bezahlen.

Obwohl damit das vom Bürgermeister immer wieder vorgebrachte Kostenargument vom Tisch war, hat die ÖVP-Fraktion einen Gegenantrag eingebracht. Die ÖVP fordert nun auch noch, sämtliches Montagematerial zur Verfügung zu stellen. Erst dann würden die Haltestellen-Schilder von den Gemeindearbeitern, nach deren Rückkehr aus der Winterpause, aufgestellt werden.

Zusätzlich beinhaltet der Gegenantrag noch folgende Forderung: „Die Gemeinde wird nicht Partner der Verkehrsbetriebe, da es auch mit privaten Verkehrsbetrieben keine Partnerschaft gibt und sich die Gemeinde zur freien Marktwirtschaft und nicht zur Marktverzerrung mit öffentlichen Steuergeldern finanzierten Landesunternehmen bekennt.“ Um die Zusatzkosten und die Frage der Partnerschaft mit den Verkehrsbetrieben abzuklären, haben wir (nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung) entschieden, den Antrag zurückzuziehen, um den Sachverhalt noch einmal zu prüfen.

Nachdem jetzt klar ist, dass mit dem Aufstellen der Haltestellen-Schilder keine weiteren Schritte der Gemeinde erforderlich sind und die Vizebürgermeister auch das zusätzliche Montagematerial (beispielsweise Steher, Montagebänder sind in der Lieferung enthalten) finanzieren wird, steht der Umsetzung nach der Winterpause der Gemeindearbeiter nun nichts mehr im Wege. Außer der Bürgermeister besteht darauf, den Antrag der SPÖ in der nächsten GR-Sitzung, welche allerdings erst Ende März stattfinden wird, nochmals abstimmen zu lassen.

Ollersdorf bleibt damit bis auf Weiteres die einzige von 100 Gemeinden im gesamten Mittel- und Südburgenland, die dieses tolle Angebot zum öffentlichen Verkehr nicht annimmt. Und das obwohl Ollersdorf die dritthöchste Fahrzeugdichte im gesamten Burgenland hat, was den Bedarf nach öffentlichem Verkehr verdeutlicht. Es lohnt sich auch einen Blick in das schwarz-blau regierte Niederösterreich zu machen. Dort hat die Landesregierung - nach einer erfolgreichen Testphase - beschlossen, dass Konzept des Sammeltaxis zu kopieren und landesweit einzuführen. Warum Bgm. Strobl seine persönlichen Befindlichkeiten über die Interessen der Ollersdorfer Bevölkerung stellt, ist für uns nicht nachvollziehbar. Ebenso, dass alle ÖVP GR dieses Verhalten mittragen.

➤ **Seniorentaxi in Ollersdorf**

Ab 1.1.2024 sind die Seniorentaxi-Gutscheine nicht mehr wie bisher um 2,50 Euro, sondern um 1,50 Euro zu erwerben. Der Gutschein hat einen Wert von 5 Euro. Von der Gemeinde werden künftig 3,50 Euro statt bisher 2,50 Euro zugezahlt. Voraussetzungen: Hauptwohnsitz in Ollersdorf, Mindestalter 60 Jahre. Das Seniorentaxi ist als Ergänzungsangebot zu sehen, kann aber niemals den öffentlichen Verkehr – oder das BAST - ersetzen. Nachdem das Seniorentaxi aber ein gutes Zusatzangebot für die Abdeckung des individuellen Bedarfs sein kann, spricht sich auch die SPÖ dafür aus.

Anm.: In den letzten 2 Jahren haben 3 Personen Senioren-Taxigutscheine gekauft.

➤ **Kirchturmsanierung: BH Güssing hebt Gemeinderatsbeschluss auf**

Die BH Güssing hat die Aufhebung des GR-Beschlusses vom 22. September 2022 angeordnet, in dem die ÖVP die Sanierung des Kirchturms an die Entschuldigung eines Pfarrgemeinderats geknüpft hat. Des Weiteren hat sie die nochmalige Behandlung des SPÖ-Antrags aus 2022 angeordnet. Der Bürgermeister hat das Schreiben der BH nachweislich lange vor der Budgeterstellung für 2024 erhalten hat und trotzdem keine Budgetmittel dafür im Voranschlag 2024 vorgesehen. Mit diesem Argument und den Stimmen der ÖVP GR wurde der Antrag wieder abgelehnt.

➤ **Genehmigung von Gemeinderatsprotokollen**

Für jede Sitzung des Gemeinderates ist lt. Bgld. Gemeindeordnung eine Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) zu verfassen. Ebenfalls sieht die Bgld. Gemeindeordnung vor, das Sitzungsprotokoll innerhalb von 8 Tagen in Reinschrift zu übertragen, damit es vom Vorsitzenden, dem Schriftführer und jeweils einem Gemeinderat der SPÖ und ÖVP unterzeichnet werden kann. Diese Frist von 8 Tagen wird schon seit längerer Zeit nicht mehr eingehalten. Diesmal wurde die Vizebürgermeisterin, und als für die SPÖ zur Unterzeichnung vorgesehene Person, erst 7 Wochen (!) nach der Sitzung verständigt, dass das Protokoll zur Unterzeichnung aufliegt. Da in der Niederschrift der Sitzung vom 28. September – ebenso wie in einigen Protokollen zuvor - wesentliche Inhalte fehlen – und diese auch trotz Aufforderung nicht ergänzt wurden – konnte die SPÖ auch dieses Protokoll nicht genehmigen.

➤ **Grundankauf in der Franz-Csar-Gasse**

Bereits im März hat der Gemeinderat (damals nur mit den Stimmen der ÖVP) beschlossen, Grundflächen, die als Bauplätze für Bauwerber genutzt werden können, anzukaufen. Da sich in der Zwischenzeit die Besitzverhältnisse bei den entsprechenden Grundflächen verändert haben, hat der Gemeinderat nochmals – diesmal einstimmig – für den Ankauf von Grundflächen abgestimmt. Die Sachlage hat sich insofern verändert, dass auf der gesamten Fläche drei Bauplätze entstehen, wovon zwei Baugrundstücke von der Gemeinde gekauft werden und auf einem Grundstück der Grundstückseigentümer selbst ein Eigenheim errichten wird.

➤ **Kostenbeitrag für Wasserleitungsanschlüsse**

Wer künftig einen Wasserleitungsanschluss bei der Gemeinde beauftragt, muss nicht mehr wie bisher rund 1.000 Euro, sondern 1.500 Euro (exkl. 10% USt) bezahlen. Nachdem wir Vergleiche mit anderen Gemeinden erstellt und festgestellt haben, dass andere Gemeinde für Wasserleitungsanschlüsse schon seit Längerem weit mehr verrechnen, haben auch wir dieser Erhöhung zugestimmt.

➤ **Gemeinebudget 2024**

Das geplante **Nettoergebnis** der Marktgemeinde Ollersdorf für das Finanzjahr 2024 beträgt **€ -90 Tsd.** und ist damit um ein Viertel oder € -18 Tsd. noch schlechter als im Rechnungsabschluss 2022 (€ -72 Tsd.) Und das obwohl die **geplanten Investitionen** von € 177 Tsd. im Rechnungsabschluss 2022 (RA 2022) auf **€ 132 Tsd.** im Voranschlag 2024 zurückgehen. Sprich bei gleich hohen Investitionen wäre das negative Ergebnis noch um weitere € -45 Tsd. schlechter gewesen.

Umgekehrt steigen die ohnehin schon sehr hohen **Verwaltungskosten der Gemeinde pro Einwohner** noch weiter. Hierbei ist anzumerken, dass die Verwaltungskosten in der alleinigen Verantwortung des Amtmanns und Bürgermeisters liegen und in diesem Fall weder eine Ausrede auf das Land noch auf den Bund zulässig ist. So erhöht sich beispielsweise im Voranschlag 2024 das **Gehalt des Amtmanns** auf € 84,5 Tsd. (RA 2022: € 66,5 Tsd.) und das **Gehalt des Bürgermeisters** auf € 47,0 Tsd. (RA 2022: € 39,6 Tsd.).

Im Voranschlag 2024 ist auch – entgegen dem ausdrücklichen Wunsch unserer Feuerwehrkameraden – der **Verkauf des alten Tanklöschfahrzeugs TLFA2000** mit einen geplanten Verkaufserlös von € 15 Tsd. enthalten. Ob dieser Verkauf vor dem Hintergrund einer Förderung des LFV Burgenland im Jahr 2024 in Höhe von € 45 Tsd. tatsächlich notwendig ist, wird von SPÖ-Seite bezweifelt. Zur besseren Einordnung: Die mit den Stimmen der ÖVP beschlossene Leasingfinanzierung der 5 Mülleimer beläuft sich auf über € 17 Tsd.!

Im **Dienstpostenplan** ist für 8 Gemeindebedienstete (mit einer Ausnahme) eine **Rückreihung** (sprich Schlechterstellung) **auf das Gehaltsniveau von 2022** vorgesehen. Da uns zu diesem Zeitpunkt der Grund dafür nicht bekannt war (dieses Thema sollte erst als vorletzter Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden) und der Bürgermeister auch nicht zu einer Veränderung der Tagesordnung bereit war, wollten wir der Schlechterstellung unserer Gemeindebediensteten, sie erhalten 2024 weniger Lohn, nicht zustimmen. Eine seriöse Gemeindepolitik bedarf einer genauen Sachkenntnis zum Zeitpunkt der Abstimmung.

Hätte die ÖVP unserem Vorschlag nach Einführung des Mindestlohns (Antrag November 2022) zugestimmt, würden unsere Bediensteten mehr und nicht weniger Lohn erhalten. Der Voranschlag wurde mit der Stimmenmehrheit der ÖVP GR beschlossen.

➤ **Flächenwidmungsverfahren – Behinderung der Opposition und Wortbruch des Bürgermeisters**

Das aktuelle Flächenwidmungsverfahren läuft bereits seit Juni 2023. Die SPÖ Fraktion wollte aktiv am Verfahren mitarbeiten, leider wurde ein entsprechender Antrag bei der GR-Sitzung im Juni 2023 von der ÖVP abgelehnt.

Obwohl dieses Verfahren nun bereits ein halbes Jahr dauert, sind uns bis zum Tag der Sitzung am 29. Dezember 2023 nicht alle Unterlagen vorgelegt worden, um Einsicht zu nehmen und die Widmungsverfahren im Vorfeld zu prüfen. (Auch hier verweisen wir auf die klare Regelung in der Bgld. Gemeindeordnung die besagt, dass ALLE Unterlagen 8 Tage vor der Sitzung zur Einsichtnahme während der Amtsstunden aufliegen müssen!)

Es ist schade, dass in dieser, für viele Ollersdorferinnen und Ollersdorfer, sehr wichtigen Angelegenheit keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegeben war.

Bemerkenswert ist jener Fall, bei dem der Bürgermeister trotz zweimaliger, schriftlicher Zusage sein Versprechen gebrochen hat. Auf Nachfrage des Widmungswerbers hat sich der Bürgermeister damit

gerechtfertigt, dass er persönlich mit allem einverstanden gewesen wäre und das aktuelle Ergebnis nur auf Verlangen des für den Bezirk Güssing zuständigen Raumplanungsbeamten zurückzuführen wäre. Tatsächlich hat dieser aber schriftlich bestätigt, dass dies nicht der Fall war und die Raumplanungsbehörde auch gar keine Kompetenz hätte, um in Einzelfällen einzugreifen.

Um es auf den Punkt zu bringen. In dieser, für viele Ollersdorfer*innen extrem wichtigen Frage, muss es Transparenz und Gleichbehandlung bzw. Fairness geben. Auf die Richtigkeit von Auskünften im Zusammenhang mit dem Flächenwidmungsplan sollte man sich verlassen können. Aufgrund der fehlenden Informationen auf der einen Seite und einer willkürlichen Entscheidung auf der anderen Seite, konnten wir diesem Punkt nicht zustimmen. Der Flächenwidmungsplan wurde mit Stimmenmehrheit der ÖVP GR beschlossen

➤ **Kassenkredit mit Rahmen von € 340 Tsd.**

Auf Nachfrage informierte uns der Bürgermeister, dass es für den geplanten Kassenkredit nur das Hausbankangebot gibt und er keine zusätzlichen Vergleichsangebote von anderen Banken eingeholt hat. Wenn man im Privatbereich höhere Anschaffungen tätigt, wird man sich zuvor mehrere Angebote einholen, um dann das Beste auszuwählen. Es überrascht, dass man im Umgang mit öffentlichen Geldern weniger Sorgfalt an den Tag legt. Der Kassenkredit wurde mit der Stimmenmehrheit der ÖVP GR genehmigt.

➤ **Prüfungsausschuss**

Bei der Prüfung des Leasingvertrags für die Mülleimer (Cityboxen) hat der Prüfungsausschuss festgestellt, dass entgegen der Aussage des Bürgermeisters in diesem keine Versicherung inkludiert ist. Der Grund warum das Leasinggeschäft mit einer Laufzeit von 5 Jahren über € 17 Tsd. kostet (und damit um mehr als € 4 Tsd. mehr gegenüber einem Barkauf) ist vielmehr, dass dieser Vertrag eine variable Verzinsung beinhaltet (*3-Monats-Euribor plus Aufschlag von 3,75% auf ganze Achtel kaufmännisch gerundet*). Damit liegt die aktuelle Verzinsung – 2 Jahre nach Laufzeitbeginn – schon bei 7,75%.

Bei der Überprüfung der Jugend- und Seniorentaxigutscheine für die Jahre 2022 und 2023 hat sich gezeigt, dass diese Förderung aktuell nicht sehr stark nachgefragt wird. Während es bei den Jugendlichen im Schnitt ca. 10 Personen waren, haben bei den Senioren nur 1 bis 2 Personen dieses Angebot in Anspruch genommen.

➤ **Rechnungsabschluss 2022 der Marktgemeinde Ollersdorf**



Der Rechnungsabschluss 2022 wurde vom Land Burgenland/Abt. 2 geprüft. Im vorliegenden Bericht der Aufsichtsbehörde, wird die finanzielle Situation der Gemeinde insgesamt als gut und stabil erachtet.

Nichtfachleute können mit absoluten Zahlen in der Regel nicht viel anfangen. Daher haben wir zum besseren Verständnis die wichtigsten Finanzaufgaben von Ollersdorf mit jenen unseren Nachbargemeinden (Olbendorf, Stegersbach und Stinatz), dem Durchschnittswert für die 28 Gemeinden im Bezirk Güssing und dem Durchschnittswert für die 171 Gemeinden des Burgenlands verglichen. Die Zahlen sind der erst kürzlich veröffentlichten Gemeindefinanzstatistik 2022 vom Amt der Bgld. Landesregierung entnommen. Für weitere Details siehe Internetseite <https://www.burgenland.at/news-detail/gemeindefinanzstatistik-2022-investitionsstarkes-jahr-fuer-die-burgenlaendischen-gemeinden/>

Gemeindefinanzstatistik 2022 (Quelle: Amt der bgl. Landesregierung)

alle Werte in Tsd. €
nur Verwaltungskoten pro EW in €

	Ollersdorf	Olbendorf	Stegersbach	Stinatz	Ø Bez. Güssing	Ø Bgl.
Nettoergebnis (sollte zumindest positiv sein)	-72	212	83	256	-39	-4
Investitionen (je höher desto besser)	177	409	696	355	368	824
Verwaltungskosten pro EW (je niedriger desto besser)	500	270	250	290	440	380
Freie Finanzspitze (je höher desto besser)	85	426	1 066	608	231	363
Liquide Mittel (je höher desto besser)	97	1 151	1 959	1 137	457	996
EW	915	1 444	2 699	1 212	920	1 731
Fläche	8,9	17,4	17,8	9,5	17,3	23,2
Anzahl Gemeinden	1	1	1	1	28	171

 "schlechtester" absoluter bzw. relativer Wert (EW-gewichtet) im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden
 "besten" absoluter bzw. relativer Wert (EW-gewichtet) im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden

Während Ollersdorf für das Finanzjahr 2022 ein negatives Ergebnis aufweist, haben alle unsere Nachbargemeinden positiv gewirtschaftet. Auch bei den Investitionen schneiden wir in 2022 deutlich schlechter ab. Und für 2024 planen wir diesen ohnehin schon niedrigen Wert noch einmal um rund ein Viertel zu kürzen. Einzig bei den Verwaltungskosten je Einwohner sind wir negativer Spitzenreiter. Hier sind die Kosten für das Bürgerservice in unseren Nachbargemeinden im Schnitt nur halb so hoch. Zur leichteren Lesbarkeit haben wir die Gemeinde mit dem besten und jene mit dem schlechtesten Wert je Finanzzahl eingefärbt. Von verantwortungsvollem Wirtschaften mit Weitblick kann man im Fall von Ollersdorf nicht sprechen.

Da unser Bürgermeister immer wieder das Land Burgenland wegen fehlender Transparenz kritisiert, haben wir ihn aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Gemeindefinanzen sind laut Vorgabe der Bgl. GemO auf der Internetseite www.offenerhaushalt.at bekanntzugeben. Darüber hinaus haben sich von den insgesamt über 2.000 österreichischen Gemeinden schon fast 1.500 Gemeinden (darunter auch fast alle umliegenden Gemeinden) zusätzlich dazu entschlossen, ihre Gemeindefinanzen freiwillig für alle freizuschalten. Diese Maßnahme – die zur oft zitierten Transparenz beitragen würde – wird vom Ollersdorfer Amtmann und Bürgermeister leider nicht unterstützt.

➤ Erweiterung Kinderspielplatz mit Bürgerbeteiligung

Den Kinderspielplatz erneuern und ausbauen und Freizeit- sowie Sportmöglichkeiten für Jugendliche schaffen, so die Forderung der SPÖ. Nachdem Vizebürgermeisterin Tanja Illedits im Rahmen der letzten GR-Sitzung im September 2023 beauftragt wurde, mit den Vorfeld-Planungen zu beginnen, hat sie den Gemeinderat im Rahmen dieser Sitzung über die aktuellen LEADER-Fördermöglichkeiten (das sind EU-Fördermittel) informiert. Nachdem sich die SPÖ von Beginn an für die Einbeziehung und Mitbestimmung der Ortsbevölkerung bei der Planung ausgesprochen hat, wollen wir bereits 2024 mit einem Bürgerbeteiligungsprozess starten. Der Antrag der SPÖ wurde einstimmig verabschiedet, da es nun ein gemeinsames Gespräch mit Verantwortlichen von Südburgenland Plus geben soll. Südburgenland Plus ist ein Verein, der die Gemeinden bei der Umsetzung von Projektideen unterstützt.

Nun doch keine Blackout-Vorsorge durch Salzwasserspeicher!?

Auf Nachfrage, warum das Gemeindeamt im Zuge des Stromausfalls am Samstag, den 23. Dezember 2023 finster geblieben ist, antwortete der Bürgermeister, dass er erst im Zuge dessen bemerkt hat, dass der als Blackout-Vorsorge installierte Salzwasserspeicher in der Gemeinde nicht funktioniert. Dass dieser Salzwasserspeicher, der ein Vielfaches von herkömmlichen Stromspeichergeräten gekostet und zusätzlich teure Umbauten nach sich gezogen hat, angeblich keine Fehlermeldungen ausgesendet haben soll, ist nicht glaubwürdig.

Bezeichnend ist auch, dass die Firma, die diesen Salzwasserspeicher seinerzeit installiert hat, schon vor einem Jahr in Konkurs gegangen ist. Verantwortungsvolles Wirtschaften und Handeln mit Weitblick schaut anders aus.

Keine Transparenz bei Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Gemeinde

Um allen Ollersdorfer*innen die Möglichkeit zu geben, sich einen raschen und unkomplizierten Überblick über die aktuell gültigen Förderungen/Geldleistungen seitens der Gemeinde zu verschaffen, haben wir vorgeschlagen, diese auf der Gemeinde-Homepage und in der Gemeinde-Info-App „Gemeinde24“ zu veröffentlichen.

In unseren Gesprächen erleben wir immer wieder, dass viele Personen gar nicht wissen, dass es für bestimmte Anschaffungen/Anlässe eine Förderung bzw. Geldleistung der Gemeinde gibt. Obwohl unser Amtsleiter in der höchsten Gehaltsklasse ist und wir rund doppelt so hohe Verwaltungskosten pro Einwohner wie unsere Nachbargemeinden aufweisen, gibt es weiterhin keine Bereitschaft, dieses Bürgerservice auch in Ollersdorf anzubieten. Auch in diesem Fall schafft man im eigenen Wirkungsbereich nicht die Transparenz, die man stets von anderen einfordert. GR Kranz von der ÖVP hält es sogar für ausreichend, wenn die Info irgendwann einmal in den Gemeindenachrichten zu lesen war!

Tanja Illedits und ihr Team wünschen allen Ollersdorferinnen und Ollersdorfern alles Gute im Neuen Jahr, viel Erfolg und vor allem Gesundheit. Wir werden Sie auch 2024 über das politische Geschehen in unserer Gemeinde am Laufenden halten.

Besondere Sorgfalt wurde bei dieser Ausgabe auf das unten angeführte Impressum gelegt, da wir nach Betreiben des Bürgermeisters wegen fehlendem Impressum eine Strafverfügung in der Höhe von 100 Euro bezahlen mussten. Als verwunderlich erachten wir jedoch, dass sowohl die ÖVP Ollersdorf-Flugblätter als auch die Gemeindenachrichten nicht über ein gesetzeskonformes Impressum verfügen. Wir wollen jedoch nicht nach dem Motto ‚Gleiches mit Gleichem vergelten‘ vorgehen und werden dies – im Gegensatz zu Bürgermeister Strobl – im Sinne eines guten Miteinanders in Ollersdorf nicht bei der BH melden.

**Zukunft gestalten. Für dich. Für mich. Für uns alle.
Ihre Vizebürgermeisterin Tanja Illedits & das SPÖ Team**